

# Krafauer Zeitung.

Nr. 95.

Dinstag den 26. April

1864.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafaus 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. April d. J. den Nachbenannten die Bewilligung allergnädigst zu erteilen geruht, die denselben verliehenen fremden Orden und Medaillen annehmen und tragen zu dürfen, und zwar:

Dem Generalmajor, Wilhelm Herzog von Württemberg den königlich preussischen Orden pour le mérite;

dem Obersten, Franz Freiherrn v. Eitzenberg, Commandanten des Infanterie-Regiments Freiherr v. Marini Nr. 30, das Commandeurkreuz zweiter Classe des herzoglich Anhaltischen Haus-Ordens Albrecht des Bären;

dem Obersten, Franz Freiherrn v. Blafis, der General-Adjutant Er. k. k. Apostolischen Majestät, Chef des General-Quartiermeisterstabes beim 6. Armee-Corps, den königlich preussischen Kron-Orden zweiter Classe mit den Schwertern;

dem Rittmeister zweiter Classe, Ernst Freiherrn v. Warschtich, des Alänen-Regiments Kaiser Franz Joseph Nr. 6, das Ehren-Ritterkreuz des königlich preussischen Johanniter-Ordens, und dem Oberleutnant, Camont Grafen zu Saxe, des Alänen-Regiments Graf Sivalart Nr. 1, die fürstlich Kypre-Deimoldische Militär-Verdienst-Medaille.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. April d. J. dem Gemeinen, Veteranen Franz Altrichter, der Wiener Militär-Polizeiwach-Compagnie, für die mit Lebensgefahr aus eigenem Antriebe bewirkte Rettung eines Menschen aus der Gefahr des Verbrennens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Supplenten der k. k. Unterrealsschule in Zara, Joseph Mazzoleni, zum wirklichen Lehrer an dieser Anstalt ernannt.

Das Staatsministerium hat einverständlich mit den Ministern des Handels, der Finanzen, der Justiz und der Polizei der k. k. priv. österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe und dem Banquier, Leopold Ritter von Kamei, die Bewilligung zur Bildung einer Actiengesellschaft der Gutsinhaltung Parubis mit dem Zwecke der Veräußerung dieser vorerwähnten Domain im Ganzen oder in einzelnen Bestandtheilen und der mittelverwaltigen Bewirtschaftung derselben erteilt und die Statuten dieser Gesellschaft bestätigt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Franz Anton v. Kofler zum Präsidenten und des Franz Tschurtschenthaler zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Bozen bestätigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafaus, 26. April.

Das „Mem. dipl.“ meldet: Gleich zu Beginn der Konferenz werden Frankreich und England den Waffenstillstand beantragen. Beide Regierungen sind entschlossen, der Macht den Krieg zu erklären (S), die den Waffenstillstand verweigern sollte.

Die „Presse“ bemerkt hierzu: Die Forderung der Räumung Alens ist wahrlich nicht übertrieben und wir glauben, daß die Bevollmächtigten Desterreichs und Preußens sich eher von der Konferenz zurückziehen, und daß die deutschen Großmächte es eher zum Aeußersten kommen lassen, als daß sie sich einen Waffenstillstand aufnöthigen lassen, der Alen in dänischen Händen beläßt.

Nach der „K. Z.“ hätten Graf Bernstorff sowohl als Herr v. Beust Auftrag, gegen den Waffenstillstand zu stimmen, so lange England darauf bestünde, die Verträge von London zum Ausgangspunkte der Konferenz-Verhandlungen zu machen.

Die „Gazette de France“ veröffentlicht über die Nachricht, die Londoner Konferenz werde sich sofort nach ihrem Zusammentritt auf Antrag der Westmächte in einen europäischen Congress verwandeln, folgende von ihr der ungetheilten Aufmerksamkeit anempfohlene Aufschlüsse: „Die Konferenz wird stattfinden, ihre Grundlagen sind diejenigen des englischen Vorschlags. Es handelt sich um die Regelung der dänischen Frage und um weiter nichts. Die Diplomaten werden sich mit den von dem gegenwärtigen Krieg berührten Fragen beschäftigen. Man muß also erwarten, daß die Verhandlungen sich in einem sehr engen, sehr genau bestimmten und von vorn herein sehr begrenzten Kreise bewegen werden. Jedoch ist derselbe noch immer ausgedehnt genug, um praktisch Geister sehr in Anspruch zu nehmen und vielleicht heftig zu trennen. Die lokale Mithilfe, welche die französische Regierung der englischen gewährt, ist sehr notwendig, um einen glücklichen Ausgang zu erzielen. Man kann nur Einen Fall voraussehen, in dem die Konferenzen über ihren eigentlichen Gegenstand hinauszugehen vermöchten: es wäre dies dann nämlich, wenn eine Verständigung über die dänische Frage selber unmöglich werden sollte. Vielleicht würde man alsdann in einer ausgedehnteren Auffassung der europäischen Fragen die gesuchte Lösung der Herzogthümerfrage finden zu müssen glauben. Wenn allgemeine Umgestaltungen das einzige Mittel werden sollten, um zum Frieden in der dänischen Frage zu gelangen, so würde natürlicherweise vielleicht die Konferenz dahin gelangen, andere europäische Fragen zu behandeln. Außer in diesem einen festbestimmten Falle schwinden, in den Augen der besten Geister, alle

Combinations in Nichts zusammen, welche die erhobte Einbildungskraft der Neuigkeitserfinder in Umlauf setzen konnte.“ Die „Gazette de France“ versichert, diese Mittheilung von Personen erhalten zu haben, die sich in der besten Lage befinden, genaue Aufschlüsse über den Stand der Angelegenheit geben zu können.

Bzüglich der in Downingstreet abgehaltenen Konferenz, schreibt der Londoner Corr. der „Presse“ unter dem 21. d. M.: Ueber die erste, gestern Nachmittags stattgefundene Konferenz, ist nur zu sagen, daß die Bevollmächtigten Desterreichs, Preußens und des deutschen Bundes sich nicht eingefunden hatten. Da sich „Hamlet“ ohne Hamlet nicht leicht spielen läßt, gingen die anderen Herren nach kurzem Beisammensein wieder nach Hause, um kommenden Montag allen Ernstes an die Arbeit zu gehen, vorausgesetzt natürlich, daß Herr v. Bernstorff nicht abermals Ordre erhält, zu warten, und Graf Apponyi nicht abermals angewiesen wird, dem preussischen Botschafter zu secundiren.

Herr von Beust ist bereits wohlbehalten in London angekommen. Der Standpunct, den Herr v. Beust, als Vertreter des deutschen Bundes, auf der Londoner Konferenz einnehmen wird, soll nach der „Rh. Ztg.“ in folgenden Punkten enthalten sein: 1. Der Bund weist nach, daß für ihn ein Erbsolgerecht des jetzigen Königs von Dänemark nicht existirt. 2. Das Bundesland Holstein hat durch die dazu berufenen Autoritäten einen Rechtspruch zu thun, der die Erbfolge feststellt. Daß dies geschehen könne, muß der Bund bewirken. 3. Das Recht Holsteins auf den untrennbaren Zusammenhang mit Schleswig kann dann um so weniger geleugnet werden, wenn Schleswig selbst diesen Zusammenhang will. Daher entstehen auch für Schleswig die für Holstein bezeichneten Bedingungen zur Feststellung der Erbfolge. 4. Der Bund erkennt keine bindende Bedeutung des Londoner Protocolls und versagt seine Mitwirkung jedem Acte, der über die Herzogthümer neuerlich ohne ihr Mitwollen verfügt.

Wie man der „Köln. Z.“ aus Berlin schreibt, hat der Kaiser Napoleon gegen Lord Clarendon erklärt, er werde und könne einer Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, bei der man die Befragung der Herzogthümer — durch das Organ ihrer ständischen Versammlungen — umgehen wolle, niemals seine Zustimmung geben.

Es konnte nicht fehlen, schreibt die „Berliner Montags-Zeitung“, daß die Reise des Königs und des Minister-Präsidenten von Bismarck zu verschiedenartigen Combinationen in der Presse Veranlassung war. Am meisten dürften sich jene Organe getäuscht haben, die gleichwie die „B. B. Z.“ in ihrer Abendnummer vom 23., in der gedachten Reise ein günstiges Omen für die Augustenburger Succession sehen, ja, sogar schon die Stipulationen ventiliren, unter denen die preussische Politik frisch, frei und fröhlich das Gothaer Lager beziehen würde. Daß der Minister v. Bismarck zwar kein Mann starrer Principien ist, darf nach den Kundgebungen der „Norddeutschen Zeitung“ kaum angezweifelt werden, daraus folgt aber keineswegs eine so urplöbliche Verbindung mit politischen Gegnern, wie sie ganz grundlos in einzelnen Organen in Aussicht gestellt ist. Wir glauben uns in der Annahme nicht zu täuschen, daß Seitens der verbündeten Mächte nach wie vor auch als Unterlage für die Konferenz die Integrität des dänischen Reiches in erste Linie gestellt ist, und innerhalb derselben die schleswig-holsteinische Personal-Union. Bei mangelnder Einigung über die Herstellung der Personal-Union werde wohl ein neuer Modus für die Zukunft der Herzogthümer Platz greifen. Derselbe ist von officieller Seite dahin gekennzeichnet, daß eine Volksabstimmung über die innere Verwaltung der Herzogthümer ein „wohl zu beachtendes“ Mittel zur Hebung des Conflictes sei, nirgends ist aber nur angedeutet worden, daß die eventuelle Volksabstimmung die Succession des Augustenburger berühren sollte.

Die „Weiser Ztg.“ schreibt der Reise des Königs noch außer den natürlichen Beweggründen insofern eine höhere politische Bedeutung bei, daß der König durch seine Anwesenheit in den Herzogthümern diesen gleichsam eine Garantie für seine besten Absichten biete und nicht ferner zugeben könne, daß die alten Zustände wiederkehrten.

Wie der „Verfassung“ aus Berlin geschrieben wird, ist die Aufrechthaltung der Integrität Dänemarks für das preussische Cabinet bereits ein überwundener Standpunct. Anhaltspuncte für diese Ansicht gewähre eine Note, welche, ohne daß bis jetzt irgend etwas über ihren Inhalt in die Oeffentlichkeit gedrungen wäre, Herr v. Bismarck schon am 4. d. an den Vertreter Preußens am Bunde gerichtet. In dieser Note, in welcher der preussische Bundestagsgeandte

vertrauliche Instructionen in Betreff der Successionsfrage erhält, werde ausdrücklich betont, daß Preußen sich durch den Gang der Ereignisse veranlaßt sehe, auf die Aufrechthaltung der Integrität Dänemarks keine weitere Rücksicht zu nehmen. Hinzugefügt wird, daß Preußen nunmehr die Herbeiführung einer baldigen Entscheidung in der Successionsfrage wünschne und Alles anwenden werde, damit alle Ansprüche geprüft, wo möglich auch berücksichtigt werden; man spricht auch von Entschädigungen im Wege der Abtretung, welche Preußen zugesichert wären. Auf den Vorschlag einer Herstellung des Status quo in den Herzogthümern, wie er vor Erlaß des „offenen Briefes“ bestanden und der Wiedereinrichtung einer schleswig-holsteinischen Statthalterei werde die preussische Regierung ebenso wenig eingehen, als auf den Vorschlag einer Abstimmung blos in den gemischten Bezirken, welche Scheinabstimmung sich höchstens auf die Verwaltungsfrage beziehen, jedoch die neuerliche Einverleibung der Herzogthümer in den dänischen Gesamtstaat zur Prämisse haben würde.

Nach einem Berliner Schreiben der „K. Z.“ hat sich Preußen Desterreich gegenüber für die Konferenz freie Hand vorbehalten. Ein durch Herrn v. Biegeleben in Berlin vermittelter Antrag des Wiener Cabinets auf eine desfallsige Verständigung zwischen beiden Mächten, sei hier mit dem Bemerken abgelehnt worden, man könne sich nicht im Voraus binden. Die Thatsache, daß keine Vereinigung erzielt ist, wird auch dadurch angedeutet, daß jeder der beiden Bevollmächtigten besonders abgereist ist.

Eine preussische, an die größeren Cabinette gerichtete Circulardepeche vom 15. April widerlegt das Rundschreiben der dänischen Regierung vom 15. März, das gegen die deutschen Civilcommissäre in Schleswig die bekannnten Anklagen gerichtet hatte. Der größte Theil der letzteren widerlegt sich selbst, sagt das Rundschreiben, wenn man das von den deutschen Mächten in dem Herzogthume verfolgte Ziel im Auge behält, so wie die gerechtm Forderungen, welche der gegenwärtige Krieg verwirklichen soll. Die Regierung hat trotzdem wegen der von Dänemark erhobenen Beschwerden die genauesten Erfundigungen eingezogen und diese in einer Denkschrift niedergelegt, welche der Depeche angehängt ist. Aus der letzteren geht hervor, daß ein Theil der von Dänemark formulirten Anklagen jedes Grundes entbehrt und auf reinen Erfindungen oder doch gänzlich unrichtigen Daten beruht. Andere beziehen sich auf Maßregeln, die wirklich von den Commissären getroffen worden sind. Die gegen die letzteren gerichteten Anklagen legen ein neues Zeugniß ab von der seltsamen Prätention Dänemarks, daß zu glauben scheint, die Befestigung Schleswigs habe keinen andern Zweck, als das alte Unterdrückungssystem fortzusetzen.“

Eine Anfrage der englischen Regierung wegen der Beschiebung Sonderburgs ist von der preussischen als ganz und gar unberechtigt zurückgewiesen worden.

Die schwedische Regierung publicirt, daß sie ermächtigt sei, den Drögsmannschaften, die dänische Dienste nehmen wollen, 250 Thaler Handgeld auszahlen zu können.

Der Sechsendreißiger Ausschuss in Frankfurt hat den bereits von den Mitgliedern der versammelten sächsischen zweiten Kammer und vom gesetzgebenden Körper der Stadt Frankfurt angenommenen Protest gegen die Berechtigung der Londoner Konferenz, das Schicksal der nordalbingischen Herzogthümer zu bestimmen, auch an sämtliche bairische Kammermitglieder zur Unterzeichnung gesendet. Die Pfälzer Abgeordneten sind diesem Proteste bereits alle ohne Ausnahme beigetreten. Von den diesrheinishen Abgeordneten ist der Beitritt von mehr als die Hälfte bis jetzt erfolgt.

Dem deutschen Garibaldi-Ausschuss hatten die dänischen freundlichen Auslassungen des Generals im Krystallpalast einige bittere Stunden verursacht. Garibaldi, der von der schleswig-holsteinischen Sache, wie er selbst gestand, nichts weiter versteht, als daß Dänemark von Desterreich und Preußen bekriegt wird, ergo im Recht sein müsse, schien mehreren Mitgliedern des betreffenden Ausschusses nicht die geeignete Persönlichkeit einer deutschen Huldigung zu sein, und es wurde die Frage erörtert, ob unter diesen Umständen die Ueberreichung der Adresse nicht besser unterbliebe. Man entschloß sich schließlich für Ueberreichung, um Garibaldi Gelegenheit zu geben, sich offen auszusprechen. Da er das nun im Sinne des Ausschusses gethan, war dieser vollkommen befriedigt. Jedem das Seine! Wenn Garibaldi lange in London bleibt, wird er am Ende gar noch Diplomat.

Garibaldi hat, wie er zugefagt, am 22. d. M. London verlassen und ist auf ein Landgut seines Gast-

freundes gegangen. Am Montag (25.) geht er nach Plymouth und schiffet sich am 26. d. nach Caprera ein. Das wichtigste Ereigniß des Garibaldi-Cultus ist am Tage vor der Abreise des Gefeierten eingetroffen. Der Prinz von Wales, der Erbe der drei Kronen und der hundert Colonien, der Sprosse der Welfen- und der Sachsen-Herzoge hat ihn begrüßt. Die Scene fand in Stafford-House, der Residenz des Herzogs von Southerland, statt. Der Prinz erreichte das Haus in aller Stille (privately), nachdem er seinen Brougham nahe dem Buckingham-Park verlassen und zu Fuß durch den Green-Park geeilt war. Er blieb über 1 Stunde bei Garibaldi. (Das Pariser „Pays“ erfährt durch eine Privatdepeche aus London, daß man daselbst den Besuch des Prinzen von Wales bei Garibaldi als einen Protest des englischen Kronprinzen gegen das Verfahren der deutschen Mächte Dänemark gegenüber auslegt.)

Garibaldi hat eine Abschieds-Adresse an die englische Nation erlassen, worin er für den gemordeten Empfang dankt und unter günstigeren Verhältnissen wiederzukommen verpricht.

Am 27. August soll in Mecheln ein neuer katholischer Congress eröffnet werden. Das Programm der Fragen, welche dort berathen werden sollen, ist bereits veröffentlicht worden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Bestimmung der Beziehungen zwischen der politischen und der religiösen Gesellschaft in den gegenwärtigen Zeiten.

Ein Pariser Corr. der „Köln. Ztg.“ meldet: Es scheint, daß Frankreich die Unterstützung Englands zunächst für Mexico in Anspruch zu nehmen gedenkt. Jetzt, nachdem der Erste Subeltrauch des Schreibens Napoleons III. vorüber, fängt man an, kühler zu denken, und die Zeichnungen gehen so schlecht ein auf das neue Anlehen, daß es sogar jetzt vor der Ausgabe gefallen ist. Getreu indeß seinen Abmachungen, hat Napoleon III. an General Bazaine eine Ordre gelangen lassen, in welcher ihm erklärt wird, daß er in allen den vom Arrangement zwischen Mexico und Frankreich stipulirten Punkten dem Kaiser Maximilian Gehorsam zu leisten habe, daß jedes andere Verhalten jedoch, was über diese Festsetzungen hinausgehe, abzukschlagen und nach Paris zu berichten sei.

Die officiöse „Deutsche Petersburger Zeitung“ vom 24. April bezieht die vom „Wanderer“ gebrachten Nachrichten, daß der russische Generalconul in Bucharest von dem Fürsten Cusa die Entlassung des Ministeriums Rogolnitscheanu verlangt und daß der Commandeur der russischen Truppen in Bessarabien den Befehl erhalten, in die Moldau einzumarschiren, als erfunden.

†† Krafaus, 26. April.

Schon vor einigen Jahren hat der Warschauer Erzbischof und Metropolit zur Erleichterung des Geschäftsganges in Eheangelegenheiten die Verfügung getroffen, daß in Krafaus für den in Desterreich gelegenen Theil der Krafauer Diöcese ein eigenes Metropolitan-Gehgericht II. Instanz bestehe. Neulich ist dieses Gehgericht reconstituirt worden, und es sind auf Vorschlag des Apostolischen Vicars von Krafaus, Bischofs von Amathus vom Warschauer Metropolitane ernannt worden: Zum Präses: Bischof Letowski. Zum Vice-Präses: Domherr Bogdalski. Zu Rätthen: Die Domherren Bogdalski und Magke, der Pfarrer und Landdechant Antowski und der Prof. der Theol. Dr. Wilczel. Zu stellvertretenden Rätthen: Der Prof. der Theologie Dr. Sosnowski, der Gymnasial- Director Bielikowicz und der Prof. der Rechte Dr. Hammer. Zum Ehevertheidiger: Der Seminar-Rector Klinger, zum Secretär: der Vice-Procurator Pietrzakowski.

## Landtagsverhandlungen.

Telegraphische Berichte über die Landtagsitzungen am 23. April.

Praag. Die Verhandlung über das Geleg, betreffend die Steuergebfonds, wurde beendet und sämtliche Paragraphe nach dem Entwurf der Commission angenommen. Nächste Sitzung Montag. Die Commission für die Kellersberg'sche Urlaubsangelegenheit beantragt motivirten Uebergang zur Tagesordnung über die Anzeige.)

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. April.

Der kaiserliche Hof wird bis Ende Mai in Schönbrunn verweilen, sodann werden Ihre Majestäten der





Nr. 10697. Kundmachung. (430. 1-2)

- 1. Bei der am 16. April d. J. vorgenommenen 14ten Verlosung der aus der Einlösung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn entstandenen Staatsschuldverschreibungen...
2. Die bare Auszahlung der verloosten Obligationen erfolgt am 1. Juli d. J. bei dem Wechselhause G. Heimann in Breslau...
3. Die verloosten Prioritäts-Actien der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn werden am 1. Juli d. J. bei der Landeshaupthauptkasse in Krakau...
4. Rückichtlich des Verfahrens in jenen Fällen, wo verlooste Obligationen oder Prioritäts-Actien oder die noch nicht verfallenen Zinsen Coupons oder die Talons nicht beigebracht werden können...

Die Interessen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen werden am Verfallstage bei dem Wechselhause G. Heimann in Breslau...
Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

Verzeichniß der arithmetisch geordneten 145 Nummern, welche in der am 16. April 1864 vorgenommenen vierzehnten Verlosung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen gezogen worden sind.

- Obligations-Nummern: 200, 259, 341, 427, 464, 621, 711, 767, 796, 906, 989, 1229, 1241, 1244, 1292, 1380, 1567, 1660, 1741, 1753, 1770, 1948, 1981, 1999, 2207, 2224, 2364, 2472, 2518, 2605, 2915, 3200, 3226, 3402, 3517, 3594, 3879, 3894, 3897, 3935, 4219, 4243, 4435, 4588, 4629, 4712, 4737, 4838, 5363, 5374, 5467, 5521, 5632, 5690, 5782, 5846, 5854, 5934, 6039, 6103, 6134, 6447, 6510, 6523, 6628, 6704, 6747, 6839, 6881, 6897, 6975, 7024, 7240, 7515, 7609, 7655, 7844, 7855, 7881, 8208, 8288, 8304, 8620, 8845, 9458, 9962, 9973, 10114, 10195, 10248, 10342, 10484, 10511, 10727, 10977, 10981, 10995, 11161, 11315, 11321, 11530, 11917, 11940, 11983, 12231, 12323, 12500, 12539, 12611, 12812, 13054, 13339, 13371, 13583, 13890, 14114, 14240, 14487, 14488, 14770, 14807, 15089, 15891, 16005, 16014, 16139, 16165, 16170, 16183, 16257, 16512, 16558, 16802, 16866, 17096, 17151, 17198, 17641, 17687, 17690, 17735, 17764, 17797, 17877, 17903.

Verzeichniß der arithmetisch geordneten 26 Nummern, welche in der am 16. April 1864 vorgenommenen 15. Verlosung der Prioritäts-Actien der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn gezogen worden sind.

- Prioritäts-Actien-Nummern: 482, 539, 572, 690, 1172, 1202, 1265, 1279, 1377, 1496, 1540, 1574, 1585, 1692, 1832, 1877, 2147, 2504, 2552, 2623, 2899, 3094, 3172, 3176, 3225, 3270.

Ausweis über jene am 16. April 1861, 1862 und 1863 verloosten Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen, welche bisher zur Rückzahlung nicht producirt worden sind.

- Obligationen: a) verloost am 16. April 1861: Nr. 2775, 15919; b) verloost am 16. April 1862: Nr. 380, 4066, 4189, 15492, 16818; c) verloost am 16. April 1863: Nr. 1256, 7212, 9585, 16296, 16365, 17831.

Kundmachung. (429. 1-3) Wegen Befestigung mehrerer Vermessungs-Adjunktenstellen bei den Vermessungsoperationen des stabilen Katasters.

Zu Folge Erlasses der hohen k. k. Generaldirection des Grundsteuer-Katasters vom 9. d. Mts. 3. 17647, 358 werden bei den für das nächste Frühjahr bevorstehenden Vermessungs-Operationen des stabilen Katasters mehrere Vermessungs-Adjunktenstellen mit dem monatlichen Adjutum von 31 fl. 50 kr. 5. W. in Celebation kommen.

Hievon erfolgt die Verlaubarung mit dem Befügen, daß dies keine stabile Staatsbedienstung sei, und daß die darauf Anspruch machenden Individuen ihre, mit dem Taufschneide, Gesundheits-Wohlfahrungs- und Studienzeugnissen und insbesondere mit den Ausweisen über ihre technischen Kenntnisse oder ihre etwaige Verwendung bei öffentlichen oder Privatbehörden, bei Architekten oder Ingenieuren u. dgl. belegten Gesuche bis Ende Mai d. J. bei der k. k. General-Direction des Grundsteuer-Katasters in Wien einzureichen haben.

Edykt. (426. 2-3) Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia p. Leopolda Poelt de Poeltenberg i Maximiliana Rodakowskiego, że przeciw nim pp. Janusz i Henryk hr. Pińscy o wymazanie z stanu biernego dóbr Gierczyc, Czyzyska, Łakta dolna i Rzegocina wedle dom.

137 pag. 98 n. 97 on. ciężących odpowiedzialności i obowiązków, na rzecz masy zbiorowej Konstancji hr. Rzewuskiej zahipotekowanych, z wszystkimi sędziejarami i pożyczkami odnośnymi dnia 18 Sierpnia 1863 do liczby 15008, wnieśli rozprawę w załatwieniu którego termin do ustnej rozprawy na dzień 12 lipca r. b. wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych wiadome nie jest, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych na ich koszt i niebezpieczeństwo tuższego Adwokata p. Dra. Szlachetowskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby wzyw oznaczonym czasie albo sami stangli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę dla siebie wybrał i o tém ces. król. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniknie zaniechania skutkami sobie przypisaćby musieli.

Kraków dnia 5 Kwietnia 1864.

Edikt. (395. 3) Bei den k. k. Staatsanwaltschaften im Bereiche der k. k. Oberstaatsanwaltschaft in Lemberg sind zwei Staatsanwaltschaftenstellen mit dem Jahresgehälte von 945 fl., eventuell im Falle der Vorrückung mit dem Jahresgehälte von 840 fl. und dem Vorrückungsrechte in die höhere Gehaltsstufe erledigt.

Bewerber um eine dieser Stellen haben ihre mit den Nachweisen der gesetzlichen Erfordernisse und der Kenntniß der polnischen und rutenischen Sprache versehenen Gesuche bis zum 5. Mai d. J. bei der k. k. Oberstaatsanwaltschaft in Lemberg einzubringen.

Disponible Beamte, welche sich um eine dieser Stellen zu bewerben gedenken, haben überdies nachzuweisen, in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezügen und von welchem Zeitpunkte angefangen, sie in den Stand der Berufbarkeit versetzt worden sind, endlich bei welcher Casse sie ihre Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Von der k. k. Ober-Staatsanwaltschaft. Lemberg, 14. April 1864.

Edykt. (396. 3) O. k. Sąd obwodowy Rzeszowski niniejszym wiadomo czyni, iż na żądanie Jadwigi Szalony przysuścił dowód przez świadków na tę okoliczność wprowadzony, że maż jej Jędrzej Szalony w lecie w roku 1855, powracając z wołmi w Drozdowicach przy rzecze Wiar na cholera umarł; i że dla Szalonego Sąd tutejszy kuratora w osobie p. Adwokata Zbyszewskiego z substytucją p. Adwokata Lewickiego postanowił. Oraz wzywa

Dem verehrten Publicum, welches dem Glücke auf eine höchst solide Weise die Hand bieten will, empfehle ich die von der freien Stadt Frankfurt gegründete und garantierte

Gewinne ev. fl. 200,000

Table with 2 columns: Prize amount and Quantity. Includes: Eine Prämie fl. 100,000, Ein Preis 100,000, 50,000, 30,000, 25,000, 2 mal 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,000, and noch fernere 13,655 kleinere Geldgewinne.

Große Staats-Gewinn-Verlosung

Es findet in jedem Monat eine Ziehung statt. Gewinne in Gulden: 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,171 mal 1,000, 111 mal 300, 6333 mal 100 Gulden etc. etc.

Ein Antheilloos kostet fl. 1. 50 kr. 5. W. Das Loos-Haupt-Depot Anton Horix, Frankfurt a. M. Erste Gewinn-Ziehung der Frankfurter Geldverlosung am 25. und 26. Mai 1864.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Time, Barom. Höhe, Temperatur, Relative Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Änderung der Wärme im Laufe des Tages.

sig tym edyktem wszystkich tych, którzyby o życiu i okolicznościach śmierci Jędrzeja Szalonego towarzyszących, jakiegokolwiek wyjaśnienie dać mogli, aby w przeciągu sześciu miesięcy od dnia ostatniego ogłoszenia w gazecie Krakowskiej albo Sądowi, albo kuratorowi p. Adwokatowi Zbyszewskiemu swęj wiadomości udzieliłi.

Rzeszów, 5 Lutego 1864.

Kundmachung. (428. 1-3) Zu Folge des hohen kriegsministerial-Erlasses vom 19. März l. J. Mts. 13 Nr. 1489 werden zur Sicherstellung der Abnahme der bei den Verpflegs- und Betten-Magazinen des Generalats in der Zeit vom 1. Mai 1864 beziehungsweise vom Ausgange des für die eine oder die andere Militär-Station noch geltenden Contractes, bis Ende April 1866 sich ergeben werdenden unbrauchbaren, und für den Militär-Bedarf überflüssigen Haderu schriftliche Offerte angenommen werden.

Diese Haderu sind theils wollene, theils weiße oder graue, dann Säckehaderu, wohnin auch die Abfälle von unbrauchbar werdenden Packleinwand und den Magazins-Stricken gehören.

Die Offerte, worüber das hohe Kriegsministerium sich die Entscheidung vorbehalten hat, müssen wohl versiegelt, mit der Aufschrift: „Haderu-Abnahme-Offert“ versehen, und mit 2000 fl. in Banknoten oder Staats-Papieren nach dem Verfehrs berechnet belegt werden, und längstens bis 30. Juni d. J. beim Landes-General-Commando in Lemberg einlaufen.

Die Offerte können entweder bloß auf die wolleuen, oder bloß auf die genannten 3 Gattungen leinener, jedoch vereint, oder endlich auf alle 4 Gattungen Haderu zusammen, gestellt sein, in welchem letzterem Falle sich die Militär-Verwaltung das Recht vorbehalten, die wolleuen, oder die leinenern auch absondert hintanzugeben.

Uebri gens werden auch Concretual-Anbote auf alle 4 Gattungen Haderu ungetrennt, angenommen. In den Offerten müssen die Preisangebote auf die wolleuen, und jede Gattung der leinenern, absondert, deutlich, ohne Correctur, mit Ziffern und Buchstaben angeschrieben sein.

Die übrigen Contractbedingungen liegen bei jedem der obgedachten Magazine zur Einsichtsnahme für die Unternehmungslustigen offen.

In dem Offerte muß daher ausdrücklich bemerkt werden, daß der Offerent diese Bedingungen eingesehen, sie verstanden habe und sich denselben unbedingt unterwirft. Das eingesehene Offert ist für den Offerenten gleich, für das Militär-Aerar vom Tage der Ratification des bezüglichen Contractes bindend.

Uncautionirte oder wie immer den gegebenen Vertragsbedingungen nicht entsprechenden Offerte werden nicht berücksichtigt werden.

Vom k. k. Landes-General-Commando. Lemberg, am 24. April 1864.

Advertisement for Staats-Gewinn-Verlosung, featuring a list of prizes and terms of sale. Includes: (Hauptpreis fl. 200,000.) (Monatlich eine Ziehung.) Nur fl. 2. Kosten Viertel-Loose, — fl. 4 halbe Loose, — fl. 8 ganze Loose (keine Promessen) zu der am 25. und 26. Mai stattfindenden von der hiesigen Regierung geleiteten und garantirten großen Staats-Gewinn-Verlosung, welche 14,800 Gewinne von fl. 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 117 mal 1000, 111 mal 300, 6333 mal 100 etc. enthält...

Table titled 'Wiener Börse-Bericht vom 23. April. Öffentliche Schuld.' containing financial data for various bonds and currencies.

Table titled 'Actien (pr. etc.)' listing various stocks and their prices.

Table titled 'Wechsel, 3 Monate' listing exchange rates for various locations like Augsburg, Frankfurt, Hamburg, London, and Paris.

Table titled 'Cours der Geldsorten' listing exchange rates for different types of banknotes and coins.

Theater-Anzeige. Heute Mittwoch den 27. April 1864. Erstes Gastspiel des Herrn Markwordt Gefangenenführers und Operettenjägers vom Carltheater in Wien. Zum ersten Male: „Reich an Liebe, oder: Nur 5 Gulden.“ Hierauf: „Moritz Schnörche, oder: Eine unerlaubte Liebe.“ Zum Schluß: „Sachsen in Preußen, oder: Wir nehmen auch Ausländer.“



